PB.L-01-417-3

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Simon Schmitz (KV Mayen-Koblenz)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 416 bis 419 einfügen:
Zukunft weiter in Deutschland entwickelt und produziert wird, braucht es klare politische Leitplanken. Ab 2030 sollen deshalb nur noch in der Herstellung mindestens bilanziell und im Betrieb emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, zum Beispiel durch eine ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos. Außerdem braucht es ambitionierte Recyclingvorgaben für die zum Bau der Autos verwendeten Rohstoffe und Materialien. Ziel muss ein Kreislaufsystem sein, in welchem die zum Bau der Fahrzeuge verwendeten Rohstoffe wiederverwertet werden können. Den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur wollen wir, wo nötig und sinnvoll, finanziell unterstützen. So sorgen wir für saubere Luft in Innenstädten, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele, und die

Begründung

Änderungsantrag zum Auto der Zukunft

Bisheriger Text (Kapitel 1, Zeilen 417f): „Ab 2030 sollen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, zum Beispiel durch eine ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos.“
https://antraege.gruene.de/46bdk/kapitel_1_lebensgrundlagen_schuetzen-5200

Text Änderungsantrag: “Ab 2030 sollen deshalb nur noch in der Herstellung mindestens bilanziell und im Betrieb direkt emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, zum Beispiel durch eine ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos. Außerdem braucht es ambitionierte Recyclingvorgaben für die zum Bau der Autos verwendeten Rohstoffe und Materialien. Ziel muss ein Kreislaufsystem sein, in welchem die zum Bau der Fahrzeuge verwendeten Rohstoffe wiederverwertet werden können. Den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur wollen wir, wo nötig und sinnvoll, finanziell unterstützen.”

Begründung

Zurecht wird von Kritikerseite der hohe Rohstoffverbrauch und die immer noch nicht wegzudiskutierende Problematik bei der Gewinnung von Rohstoffen für die Produktion von Elektrofahrzeugen vorgebracht.

Wenn wir die Elektromobilität als Chance für eine bessere Mobilität nutzen möchten, dürfen wir nicht die Fehler des 20. Jh. wiederholen und müssen aus der Geschichte lernen.

Wir müssen daher darauf ausgehen, nicht nur den Betrieb der Fahrzeuge, sondern auch deren Herstellung und Entsorgung gleich zu Beginn mitzudenken und auch hier entsprechende Umwelt- und Ressourcenstandards zu implementieren, die sich mit dem Ziel einer nachhaltigen Wirtschaft vereinbaren lassen.

Denn die Automobilwirtschaft, welche hier als erste ein überzeugendes Komplettpaket vorlegt, wird in der Mobilitätswirtschaft der Zukunft einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil haben.

weitere Antragsteller*innen

Martin Jende (KV Mayen-Koblenz); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Joscha Pullich (KV Cochem-Zell); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Moritz Ibald (KV Mayen-Koblenz); Laura Malburg (KV Trier-Saarburg); Alexander Hadamitzky (KV Mayen-Koblenz); Jürgen Kurz (KV Mayen-Koblenz); Andreas Franco (KV Köln); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jürgen Hess (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Beate Sattler-Ashoff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jan Priegnitz (KV Dessau-Rosslau); Susanne Bär (KV Halle); Wolfgang Treis (KV Mayen-Koblenz); Lysann Papenroth (KV Anhalt-Bitterfeld); Kevin Klüglein (KV Coburg-Stadt); Anneli Borgmann (KV Harz); Christoph Wagner (KV Mayen-Koblenz); Gerhard Stern (KV Mayen-Koblenz); Peter Staudt-Fischbach (KV Frankfurt-Oder); Jutta Wein (KV Mayen-Koblenz); Dr. Philipp Veit (KV Mainz); Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Frank Meyreis (KV Mayen-Koblenz); Gerno Treitz (KV Mayen-Koblenz); Andreas Kurz (KV Mayen-Koblenz); Sabine Granzow (KV Mayen-Koblenz); Klaus Meurer (KV Mayen-Koblenz)